

Steuerflucht und Geldwäsche: Behörden durchsuchen Wohnung von Belgien-Chef der UBS

Die UBS steht erneut im Visier der Steuerfahnder: Der Chef der belgischen Tochter der Schweizer Großbank wurde von einem Richter vernommen, Ermittler durchsuchten seine Wohnung. Das Geldinstitut soll Kunden bei der Steuerflucht geholfen haben.



AFP

Belgien-Zentrale der UBS in Brüssel: Verdacht der Geldwäsche

Brüssel - Die belgischen Behörden treiben ein Verfahren gegen die Schweizer Großbank UBS wegen mutmaßlicher Beihilfe zu Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe voran. Der Chef von UBS Belgien, Marcel Brühwiler, wurde dazu von einem Richter vernommen, erklärten Staatsanwälte auf einer Pressekonferenz.

Zuvor hatte die Polizei seine Wohnung, die eines Kunden sowie die Bank selbst durchsucht. "Die Voruntersuchungen liefern Belege für organisiertes Verhalten, das wahrscheinlich betrügerische Steuerflucht ermöglichte", erklärte die Staatsanwaltschaft in einer Mitteilung. Auch wegen des Verdachts auf Geldwäsche wird ermittelt.

Brühwiler soll demnach über Jahre hinweg begüterten Belgiern vorgeschlagen haben, in der Schweiz Konten zu eröffnen, von denen der belgische Fiskus nichts erfahren sollte. Die belgischen Ermittler sollen durch ehemalige Mitarbeiter der Bank von den mutmaßlichen Machenschaften erfahren haben, wie eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft ausführte. Dem öffentlichen belgischen Fernsehsender RTBF zufolge soll es in dem Fall um "mehrere Milliarden Euro" gehen.

Erst im Mai war ein ehemaliger UBS-Banker in den USA zu fünf Jahren auf Bewährung verurteilt worden. Er hatte dem Urteil zufolge reichen Amerikanern geholfen, ihr Geld unbemerkt vom heimischen Finanzamt in der Schweiz anzulegen.

Der Sprecher der UBS erklärte schriftlich, dass die Bank "in absoluter Achtung" des Gesetzes operiere. UBS toleriere keine Handlungen, die darauf hinausliefen, dass Kunden ihren steuerlichen Pflichten nicht nachkämen.

Die UBS steht auch in anderen Ländern im Verdacht, Kunden mit dem Verstecken von Schwarzgeld geholfen zu haben. Dies gilt etwa für Deutschland und Frankreich. In den USA

konnte die größte Schweizer Bank 2009 erst mit der Bezahlung einer Strafe von 780 Millionen Dollar ein Verfahren wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung beenden.